



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 33
Fernschreiber 0896890

1/XII/274 - 27. November 1957

Anzeige auf den Inhalt:

Die Saar braucht Hilfe	S. 1
Für Erkrankung Eisenhowers	S. 3
Statische Entwicklungen	S. 4
Präsidentenkontakte mit Ostblock-Staaten	S. 5
Wagt vor Strahlenschäden	S. 6
Die Religion - ein politischer Faktor im Orient	S. 7

Das Saarland darf nicht Opfer der französischen Wirtschafts- und Finanzschwierigkeiten werden!

Von Kurt Conrad, MdB.

Die saarländische Regierung hat der Bundesregierung ein Memorandum vorgelegt, in dem sie übereinstimmend mit fast allen Organisationen der Arbeitnehmer und -geber eine Abkürzung der Übergangszeit verlangt. Bekanntlich wurde im Saarvertrag festgelegt, dass das Saarland am 11.1.1957 politisch ein Teil der Bundesrepublik wurde, während der Vertrag die wirtschaftliche Eingliederung bis spätestens 31.12.1959 aufgeschoben hat.

In diesem Vertrag sind eine Anzahl Bestimmungen enthalten, die der Saar Gelegenheit geben sollten, sich wirtschaftlich auf den Markt der Bundesrepublik vorzubereiten, dort Fuß zu fassen und die Modernisierung der Betriebe, vor allem in der weiterverarbeitenden Industrie, auf den gleichen Stand zu bringen, wie im übrigen Bundesgebiet.

Frankreich platzte mit seinen verschiedenen Massnahmen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Währungspolitik in diese Bestimmungen hinein. Schon die Beschränkung der Einfuhren verminderte entscheidend die Möglichkeiten der Saarwirtschaft, den Rückstand in der Modernisierung der Betriebe nachzuholen. Wäre der liberalisierte Warenssektor durch Frankreich aufrechterhalten worden, hätte der Einfuhrwert des Saarlandes aus der Bundesrepublik im Jahre 1957 einen Wert von rund

30 Milliarden französische Franken erreicht. Jetzt hat Frankreich der Saar den Betrag auf 15 Milliarden für 1957 gekürzt. Darüber hinaus hat die gemischte deutsch-französische Kommission, die gemäß dem Saarvertrag zu bilden war, am 20.7.1957 in Paris beschlossen, das saarländische Kontingent für das Programm "A" zwar aufrecht zu erhalten, aber dann von dem Kontingent "B" abzuziehen, falls ersteres überzogen würde. Das bedeutet nur eine zeitliche Verschiebung der Schwierigkeiten auf das letzte Halbjahr 1957 und eine Übertragung auf einen anderen nicht weniger wichtigen Einfuhrsektor.

Heute schon ist zu erkennen, dass durch diese französischen Massnahmen die Übergangszeit für die Saarlwirtschaft nicht so genutzt werden kann, wie das ursprünglich im Saarvertrag vorgesehen war. Damit werden die Schwierigkeiten, die aus dem verschiedenen Stand der Ausrüstung der Betriebe an der Saar gegenüber dem Bundesgebiet entstehen müssen, nach Beendigung der Übergangszeit mit voller Kraft auf die Saarlwirtschaft treffen.

Die letzten Währungsmaßnahmen Frankreichs haben darüber hinaus ebenfalls in den Harmonisierungsprozess zwischen Saarland und bundesdeutscher Wirtschaft störend eingegriffen. Diese Massnahmen, die zweifellos eine Abwertung des Franken darstellen, haben bei der saarländischen Bevölkerung einen schweren Schock hervorgerufen. Es gab ein Rum auf die Kassen und eine Flucht in die Warenwerte, bzw. die Ausnutzung aller Möglichkeiten, Franken, wenn auch mit Verlust, in die D-Mark zu retten. Während die Franzosen erwarten können, dass sich nach einer gewissen Zeit solche währungspolitischen Veränderungen im Innern auspendeln, muss die Saarbevölkerung mit Bitterkeit feststellen, dass sie, wenn nicht geeignete Gegenmassnahmen getroffen werden, geschwächt und verarmt in absehbarer Zeit aus dem französischen Währungs- und Wirtschaftsraum ausscheidet, ohne die Vorteile des Auspendelns gegen die Nachteile der Abwertung aufrechnen zu können. So ist verständlich, dass die Saarbevölkerung und ihre Regierung gebieterisch eine Abkürzung der Übergangszeit verlangen.

Solange die Übergangszeit noch andauert, müssen die durch einseitige französische Massnahmen weggefallenden Erleichterungen für die Saarlwirtschaft durch schnelle Verhandlungen der Bundesregierung mit der Regierung der französischen Republik wieder hergestellt und die Saarbevölkerung durch geeignete Massnahmen des Bundes davor geschützt werden, verarmt und gechoren in die Bundesrepublik zurückzukehren. Die verlangten Massnahmen der Bundesregierung dürfen nicht sehr lange auf sich warten lassen, sonst entsteht bei der Saarbevölkerung das Gefühl, allein gelassen zu sein, allein gelassen gegenüber Massnahmen, die einzig und allein der französischen Politik dienen sollen und die weder von Bonn noch von Saarbrücken beeinflusst werden können. *** - 3 -

Schock für den Westen

sp- Zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren kann der amerikanische Präsident Eisenhower sein schweres Amt, wohl das länderreichste in der Welt, nicht mit voller Kraft ausüben. Die Nachricht von seiner neuen Erkrankung rief Bestürzung in West und Ost hervor. Wiederholt haben die Mächtigen in Kroml, vor allem der Generalsekretär Chruschtschow, bekundet, dass sie der Integrität und Loyalität Eisenhowers vertrauen. Seine Friedensliebe gilt als unbestritten. Als siegreicher General des Zweiten Weltkrieges kennt und verabscheut er die Schrecken des Krieges, und er weiss wie kaum ein anderer um die Nähe des Abgrundes, vor der die Menschheit im Zeitalter der fürchterlichen Vernichtungswaffen steht. Eisenhower's ruhige Hand in der Führung der amerikanischen Politik machte sich in der Zeit seiner bisherigen Präsidentschaft wiederholt bemerkbar. Er dämpfte die Extremisten und Heaufgänger im eigenen Lager und bewies bei aller Festigkeit zu den Grundsätzen der westlichen Lebensordnung Elastizität der Haltung, die stets darauf bedacht war, nicht in ausseren unwiderruflichen Schritten zu tun.

Die Krankheit des amerikanischen Präsidenten trifft den Westen besonders schwer. Zu keiner Zeit seit Kriegsende war eine sichere, bedeutende, sich der Risiken bewusst werdende, jede Zuspitzung vermeidende Führung notwendiger als jetzt. Es ist fraglich geworden, ob die für Mitte Dezember in Paris beabsichtigte Konferenz der NATO-Staaten überhaupt zu dem vorgesehenen Termin abgehalten werden kann. Sie hätte ihren Glanz, ihre Würde und ihre politische Stosskraft durch die Anwesenheit des Präsidenten des mächtigsten Staates der Welt Demokratie bekommen. Die durch die Erkrankung bedingte Nichtteilnahme Eisenhowers an der Konferenz, sofern sie doch noch stattfinden sollte, von vornherein den Charakter einer geschlossenen Willensgemeinschaft der westlichen Welt. Das Prestige Eisenhowers lässt sich nicht ersetzen, es beruht auf der Ausstrahlungskraft seiner Persönlichkeit, die Vertrauen erweckt und Vertrauen gewährt.

Auf die blosse Nachricht der Erkrankung Eisenhowers hin erfolgten an der New Yorker Börse Kursstürze von bisher nie gekanntem Ausmassen; eine zum gleichen Zeitpunkt stattfindende Sitzung der JEO fand vor fast leeren Bänken statt. Diese äusseren Anzeichen allein zeigen schon, wie bedrückend die ärztlichen Bulletins über den Krankheitszustand des Präsidenten wirkten und wie empfindlich die Welt darauf reagiert. Dies ist nicht nur eine Sorge der amerikanischen Nation. Sie wird überall empfunden, weil das Werk Eisenhowers, die Erhaltung des Weltfriedens, noch lange nicht gesichert, ja, heute gefährdeter ist als in den vergangenen Jahren.

Neue Perspektiven im asiatischen Raum

H.E.D. Seit wenigen Tagen ist das Königreich Laos wieder vereinigt. Der Chef der kommunistischen Bewegung "Pathet-Lao", Prinz Souvannavong, hat die zwei nördlichen Provinzen des Landes, die seit Jahren einen eigenen Staat bildeten, der Oberhoheit der königlichen Regierung unterstellt. Damit hat eine Entwicklung ihren vorläufigen Abschluss gefunden, der nach Ansicht politischer Kreise in Südostasien die tiefe Krise der westlichen Einflussmöglichkeiten enthüllt. Denn es wäre absurd anzunehmen, die kommunistische Gruppe in Nord-Laos habe "sich ergeben".

Die Übernahme von kommunistischen Regierungsmitgliedern in das neu gebildete laotische Gesamt-Kabinet zeigt deutlicher als jede andere Tatsache, dass der Pathet-Lao auf legale Weise wichtige Positionen gewonnen hat. Zwar liegen die Gründe hierfür nicht auf dem Gebiet militärischer Erfolge der Kommunisten; vielmehr darf als sicher gelten, dass der Einfluss der chinesischen Volksrepublik dieses Ergebnis ermöglicht hat. Die mehrfachen Besuche laotischer Regierungsmitglieder in Peking bereiteten den Strategen der SEATO schon Sorgen, als ein "Accord" zwischen dem Königreich und den rebellischen Norden noch völlig inkonkret erschien. Die grosszügigen wirtschaftlichen Lieferungen Chinas nach Laos haben die Amerikaner, die ihrerseits ein Wirtschaftsprogramm für das Königreich abwickelten völlig in den Hintergrund gedrückt. Obwohl Laos nicht dem südostasiatischen Paktsystem angeschlossen war, war es nichtdestoweniger ein wichtiger Posten innerhalb der militärpolitischen Konzeption des Westens.

Die amerikanische Karte scheint nicht mehr zu stechen, jedenfalls nicht mehr ganz so, wie noch vor wenigen Jahren. Mit Beunruhigung vermerkt man deshalb in Washington die neuerdings so engen Beziehungen, die einer der verlässlichsten Alliierten der USA in Südostchina, der vietnamesische Ministerpräsident Ngo Dinh-Dien mit dem "neutralistischen" Indien unterhält. Der Staatsbesuch des Vietnamesen in Neu-Delhi hat den Umdenkungsprozess, der bei den asiatischen Staaten der SEATO im Gange ist, sehr anschaulich gemacht. In diesem Zusammenhang ist es kein Wunder, dass auch Japan sich in das Spiel um eine geistige und politische Neuordnung Südostchinas und des Fernen Ostens einmischt. In wenigen Wochen wird der Russenminister Kishi eine grosse Rundreise in verschiedene asiatische Hauptstädte antreten. Vielleicht werden sich in Rangoon Kishi, U Nu und Dinh-Dien, der Burma auch eines Besuches abstatton will, "zufällig" treffen. Eine grosse Rolle bei solchen südlichen Gesprächen würde wahrscheinlich jener Bericht spielen, den der ehemalige Abwehrchef der japanischen Kwantung-Armee, General Ito, über eine kürzlich unternommene Reise in der chinesischen Volksrepublik angefertigt hat. Übrigens hatte die chinesische Regierung dem General mit mehreren japanischen Offizieren zu einem Besuch eingeladen. Tokio hatte keine Bedenken dagegen.

Wie man es auch immer sehen will, auch in Südostchina sind die Dinge in Fluss. Eine angesehene amerikanische Zeitung meinte kürzlich, es sei falsch, wenn Amerika immer nur militärpolitische Aspekte ins Feld führen wolle und leicht zu einem "Freund-Feind-Verhältnis" in Fragen asiatischer Politik geneigt sei. Dann es seien Dinge in der Entwicklung, die man mit einer Anti-Sputnik Therapie nicht heilen könne.

Studentenkontakte

Der Verband Deutscher Studentenschaften wird demnächst eine fünfköpfige Studentendelegation nach Moskau entsenden und die Moskauer Studenten werden nach Bonn kommen. Der "VDS" will die Beziehungen zu den Studentenschaften nach Polen und Jugoslawien weiter ausbauen und man wird auch nach Bukarest und Sofia fliegen, nachdem diese Länder einen Austausch von Informationen und Artikeln angeregt haben. Nur zu den Studenten nach Mitteleuropa sollen keine offiziellen Kontakte bestehen. Hier tritt der "VDS" als Sprecher für Gesamtdeutschland auf, nachdem die Kontaktversuche des VDS im Jahre 1949 gescheitert waren, einen gesamtdeutschen Studentenverband zu gründen.

Das Tauziehen um die Frage "Kontakte mit den Studentenschaften der Ostblock-Staaten ja oder nein?" begann schon im Sommer 1957 auf dem Internationalen Studententreffen in Ibadan (Nigeria). Hier sprachen sich die Studentenschaften der westlichen Länder für eine Kontaktaufnahme aus. Der VDS dagegen führte nur informativ Gespräche. Die endgültige Entscheidung fiel jedoch auf der 36. ordentlichen Delegiertenkonferenz des "VDS" in Passau. Die vom Studentenrat der sowjetischen Zentralen Jugendverbände ausgehende Einladung nach Moskau wurde angenommen und einen Austausch von Informationen und Artikeln zugestimmt. Ob sich dieser Austausch auch auf die Übernahme von Artikeln in den Studentenzeitschriften, die in der Bundesrepublik eine Gesamtauflage von etwa 16 000 Exemplaren haben, ausweiten wird, hängt nicht zuletzt auch von der Bereitschaft der östlichen Studentenzeitschriften ab. Ein Versuch des "VDS", von der polnischen Studentenschaft Aufklärung über das Verbot der "Po Prosta" zu erhalten, blieb bisher ohne Erfolg.

Ebenfalls ungeklärt ist das Verhältnis des "VDS" zum Studentenverband Chinas und der "Volksrepublik Ungarn". Zur Zeit bestehen nicht einmal Kontakte zwischen den ungarischen Studenten und ihren östlichen Nachbarn. Die Revolution hat diese einstmal bestehenden Kontakte ausgelöscht. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch in Kürze studentische Verbindungen auch mit China angeknüpft werden. Der Weg nach Peking ist heute leichter zu begehen als nach Leipzig oder Rostock. Eine Verständigung mit Fernost-Kommunisten ist deutlicher möglich, als mit den eigenen Landsleuten, den FDJ-Funktionären Mitteleuropas.

Zu dieser Einstellung des "VDS" dürfte in wesentlichen auch die Tatsache beigetragen haben, dass die Informationen über das studentische Leben in den Ostblock-Staaten bisher nur äußerst dürftig waren, während man über die Vorgänge an den mitteleuropäischen Hochschulen auch ohne Informations- und Delegationsaustausch durch die Flüchtlinge stets ausreichend informiert wurde. Zum anderen wurde die Kontaktaufnahme auch dadurch erforderlich, weil der "VDS" durch seine aktive Mitarbeit in den Internationalen Studentengremien auf eigene Ostinformationen nicht mehr länger verzichten kann.

Strahlenkranke auch bei uns

K.J. Amerikanische Wissenschaftler haben in 13 Ländern herun- fragen lassen, wie es dort mit der Angst vor Strahlenschäden steht. Sie wollten zugleich wissen, ob die Menschen befürchten, dass nach Atomversuchen und Atomkriegen Strahlenkranke in ihrer Erbanlagen geschädigte Kinder hinterlassen. Das Ergebnis der Umfrage konnte nicht anders sein: beinahe alle Japaner haben Angst, das Grauen von Hiroshima und Nagasaki ist ihnen noch gegenwärtig genug. In den europäischen Ländern ist man sorgloser: nur etwa jeder zweite Bür- ger in der Bundesrepublik fürchtet Strahlenschäden, die Engländer sind noch "mutiger". In Australien ist die Angst am geringsten. Dort fühlt man sich noch ziemlich weit vom Schuss.

Angst oder Nichtangst: von den Spätheimkehrern, die lange Jahre als Gefangene in den Joachimsthaler Uranbergwerken gearbeitet haben, sterben heute jeder Monat zwei an Strahlen-Lungenkrebs. Diese alarmie- rende Mitteilung machte der Heimkehrerarzt Dr. Birsbeck, der selbst zehn Jahre als Häftling in Urangruben gearbeitet hat, vor der Presse in Bonn. Der Krebs werde in der Regel erst dann entdeckt, wenn es mit seiner möglichen Heilung zu spät ist. Am Ende steht der Tod.

Der Heimkehrerverband hat nun an die ehemaligen Uran-Gefangenen appelliert, sich ärztlich kontrollieren zu lassen. Die Erfahrungen sollten zentral gesammelt und auf Bundesebene ausgewertet werden. Das ist mehr als ein Aufruf und nicht bloss eben so dahingehesagt. Man hat sich ernsthafte Gedanken über den allgemeinen Forschungswert gemacht, den eine gründliche Untersuchung der Hunderte von strahlenkranken Heimkehrern haben würde. VdM-Präsident Fischer forderte die Bundes- regierung auf, einen entsprechenden Forschungsauftrag zu erteilen und erinnerte dabei daran, wie nötig wissenschaftliche Erkenntnisse auf diesem Gebiet für die kommende Atom- und Luftschutzgesetzgebung sind. Ein wissenschaftliches Institut für diesen Zweck würde rund 1 1/2 Millionen DM kosten, wurde errechnet. Dafür kriegt man heute noch nicht einmal zwei Panzer zu kaufen...

Wir wollen hoffen, dass die Bundesregierung einsichtig genug ist, für die Strahlenforschung Geld auszugeben. Anlass dazu hat sie mehr als genug - einen neuen geben ihr die strahlenkranken Uran-Heimkehrer. Noch einmal: jeden Monat sterben zwei bei uns an den Folgen des Umgangs mit dem Stoff, der die Menschheit so glücklich - der sie aber im Kriegsfall so elend machen kann. In Bonn könnte man etwas von der Strahlenangst der Japaner gebrauchen.

Die Religion - ein politischer Faktor im Orient

U.E. Ist die Religion heute, im 20. Jahrhundert, noch ein gestaltender Faktor? - Wird Religion gleich Konfession gesetzt, so kann man diese Frage (wenn auch nicht gerade in Bundesdeutschland) mit Nein beantworten. Als Sichgebundenfühler des Menschen an eine Überzeitliche Ordnung aber war und ist die Religion heute wie eh und je Quelle aller menschlichen Kultur schlechthin, vor allem im afro-asiatischen Raum. Das erwies auch eine Wochenendbegegnung, die am 23. und 24. November von der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Bergneustädter Heimvolkshochschule durchgeführt wurde. Am Beginn der Veranstaltung standen zwei Vorträge: Dr. Günter Lenczowski sprach über "Die östliche Religion in unserer Zeit" und Dr. Subhi Janni Labib über "Die östliche Religion als politischer Faktor".

Außere Einflüsse haben die religiöse Situation Asiens in der neuesten Vergangenheit und in der Gegenwart in Bewegung gebracht: Der Osten muss sich mit der christlichen Mission, mit der Technisierung und den beiden Weltkriegen auseinandersetzen. Der Islam hat mit der Abschaffung des Kalifats durch Kemal Atatürk (Absetzung des osmanischen Sultans 1922) seine äußere Einheit verloren. Hinzu kommen innere Krisen, wobei eine Revision der islamischen Stellung zum Westen (der eine auf die Dauer nicht mehr zu realisierende, streng patriarchalische Lebenshaltung fordert) mit an erster Stelle steht. Dennoch ist anzunehmen, dass der Islam noch genügend Schwungkraft aufbringen kann, um mit den ihm gegenwärtig aufgegebenen Problemen fertig zu werden.

Indien, seit vier Jahrtausenden von der brahmanischen Kultur indogermanischer Einwanderer geprägt, ist gegenwärtig aufgrund religiöser Spannungen innen- und ausenpolitisch gespalten: Die pakistanischen Moslems haben sich ihren eigenen Staat geschaffen, und die indische Union beherbergt neben der unheimlichen Zahl der Hindu noch viele Bekenner anderer Religionen, darunter auch zahlreiche Mohammedaner. Der Gandhi-Schüler Nehru bemüht sich leidenschaftlich, in seiner Innen- und Ausenpolitik sowohl in Indien wie in der Welt ein friedliches Beieinander trotz aller Gegensätze zu erreichen.

Der in China von der Revolution vollzogene Bruch mit der Tradition des Konfuzianismus geht noch nicht ganz so tief, wie dies aus unserer Perspektive den Anschein hat: Mao Tse Tung und Tschu En

Iai sind in dieser Tradition persönlich fest verwurzelt.

Staatsreligion in Japan ist der Shintoismus, der sich dank einer geschickten Taktik seiner Repräsentanten auch nach 1945 behaupten konnte, obgleich damals die Göttlichkeit des Kaiserhauses, die einen Hauptbestandteil seiner Lehre bildet, auch vielen Japanern fragwürdig geworden war.

Dr. Labib gab eine fundierte Darstellung der religiösen Situation im nahöstlichen Raum. Die wesentlichen Probleme dieses grossen Gebietes sind Armut und Bevölkerungsdichte. Darin und im Analphabetentum ist eine Hauptvoraussetzung für den orientalischen Fatalismus gegeben. Durch die Gründung des israelischen Staates sei der im Islam bekämpfte Gedanke des "Heiligen Krieges", der seit dem Mittelalter an Stosskraft verloren hatte, wieder aktiviert worden. (In der Diskussion wurde dann aber darauf hingewiesen, dass die vorwiegend islamischen Nordafrikaner trotz objektiv günstiger Voraussetzungen darauf verzichtet haben, ihre Auseinandersetzung mit Frankreich zum "Heiligen Krieg" zu proklamieren). Die innerreligiöse Situation der arabischen Welt sei gekennzeichnet durch die Auseinandersetzung mit dem sogenannten Modernismus - eine Bezeichnung, die das Problem übrigens nur unzulänglich darstelle. Im Zuge dieser Entwicklung ergab sich auch für die in ägyptisch-nordafrikanischen Raum ansässige unchristlich-koptische Kirche manche Möglichkeiten.

Die sehr fruchtbare Diskussion brachte eine Reihe von Problemen zur Sprache; so die Frage der verschiedenen Riten als Haupttrennungslinie zwischen den Bekannern unterschiedlicher Religionen; die Frage der Theokratie, die in den grossen östlichen Religionen noch heute das beherrschende Prinzip ist. Als eines der Haupthindernisse für eine umfassende asiatisch-westliche Verständigung wurde die sehr einseitige, zweckbestimmte Sicht bezeichnet, aus der die amerikanische Aussenpolitik die asiatischen Kultur- und Religionsprobleme beurteilt.

Willi Eichler, von Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung, der die Veranstaltung geleitet hatte, wies in seinem Schlusswort darauf hin, dass schon aus dem jetzt so oft zu hörenden Wort von der Koexistenz zu entnehmen sei, wie viel die Beziehungen zwischen den Völkern zu wünschen übrig liessen. Im 20. Jahrhundert sei es dahin gekommen, dass die blosser Polarisierung des Andersdenkenden, sein Nicht-Totgeschlagen-Werden, schon als Fortschritt betrachtet werden müsse, und selbst dies werde hier und da schon als destruktives, kommunistisches Prinzip gewertet. Erst wenn sich die Achtung vor den Andersdenkenden durchgesetzt hat, könne erstens eine fruchtbarere Zusammenarbeit aller Völker gerechnet werden.